

## KURZ GEMELDET

## Klingbeil zögert

**Jüterbog** – SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil lässt die Entscheidung über eine Kandidatur für den SPD-Vorsitz noch offen. „Natürlich bin ich auch in einem Denkprozess, aber ich werde meine Entscheidung zum richtigen Zeitpunkt mitteilen, und die Zeit ist ja noch ausreichend – spätestens am 1.9.“, sagte Klingbeil am Montag bei einem Wahlkampftermin in Jüterbog in Brandenburg. „Das Spannende an diesem Rennen ist doch, dass es auch mal Leuten, die in der zweiten, dritten Reihe stehen, die Möglichkeit gibt, präsent zu werden.“ Klingbeil kommt aus Niedersachsen – wie Stephan Weil. Der niedersächsische Ministerpräsident plant nach eigenen Angaben derzeit keine Kandidatur für den SPD-Vorsitz. Die SPD sucht nach dem Rücktritt von Parteichefin Andrea Nahles eine neue Spitze. Kandidaten können sich bis zum 1. September bewerben. Öffentlich bekannt sind bisher vor allem die Bewerbungen von Europa-Staatsminister Michael Roth und der ehemaligen nordrhein-westfälischen Familienministerin Christina Kampmann, der Bundestagsabgeordneten Karl Lauterbach und Nina Scheer sowie der Oberbürgermeister von Flensburg und Bautzen, Simone Lange und Alexander Ahrens. Der Vizepräsident des SPD-Wirtschaftsforums, Robert Maier, kündigte zudem seine Kandidatur an. **DPA > Seite 4**

## London hofft, Brüssel blockt

**London/Brüssel** – Auch knapp zwei Wochen nach der Wahl von Boris Johnson (Foto: AP) zum neuen Premierminister finden Großbritannien und die Europäische Union keinen Weg aus der Brexit-Sackgasse. Eine Sprecherin des britischen Regierungschefs äußerte am Montag in London zwar die Hoffnung, die EU möge ihre Meinung ändern und einen neuen Brexit-Vertrag aushandeln. In Brüssel bekräftigte dagegen eine Sprecherin der EU-Kommission, der von Johnsons Vorgängerin Theresa May ausgehandelte Ausstiegsvertrag werde nicht wieder aufgeschnürt. Die



EU sei aber offen, die den Vertrag begleitenden politischen Festlegungen zu diskutieren. Johnsons Sprecherin bekräftigte, Großbritannien werde spätestens am 31. Oktober aus der EU auscheiden – ob mit oder ohne Vertrag. London wolle keinen unregulierten Brexit, bereite sich aber darauf vor. Der jetzige Vertragsentwurf sei inakzeptabel. Die EU-Sprecherin warnte, ein unregulierter Brexit werde wirtschaftliche Verwerfungen auslösen. **REUTERS**

## FDP will Elite-Azubis fördern

**München** – Die FDP will Begabtenförderwerke für Auszubildende öffnen. Neben Elite-Studenten sollen auch Elite-Lehrlinge ein Stipendium erhalten. Einen entsprechenden Antrag wollen die FDP-Abgeordneten um den Bildungspolitiker Jens Brandenburg nach der Sommerpause im Bundestag zur Abstimmung stellen; er liegt der *Süddeutschen Zeitung* vor. „Menschliche Begabungen sind vielfältig“, heißt es darin: „Diese Vielfalt der Begabungen sollte sich in den Begabtenförderwerken widerspiegeln.“ Sie sollen künftig freiwillig darüber entscheiden können, ob sie auch an Azubis Stipendien vergeben möchten. Bisher ist das ausgeschlossen. Die Stiftungen sollen zusätzliches Geld vom Bund bekommen, wenn sie mindestens zehn Prozent der Stipendien an Lehrlinge vergeben. Für Azubis gibt es bislang ein eigenes Förderwerk, die Stiftung Begabtenförderung berufliche Bildung. Verglichen mit dem Stipendensystem für Studenten ist es aber eher klein: 56,7 Millionen Euro stellt der Bund dieses Jahr für Azubi-Stipendien bereit, 266 Millionen erhalten dagegen die 13 akademischen Begabtenförderwerke. **BERK > Seite 4**

## Ende der Waffenruhe in Idlib

**Amman** – Syrischer Militär hat drei Tage nach Inkrafttreten einer Waffenruhe die Wiederaufnahme der Kampfhandlungen im Nordwesten des Landes um die letzte verbliebene Rebellenhochburg Idlib angekündigt. Als Grund nannte das Militär am Montag, die Türkei sei Pflichten nicht nachgekommen. Da die Bedingungen für die Waffenruhe nicht erfüllt worden seien, werde die Offensive gegen „terroristische Organisationen“ wieder aufgenommen. Seit Freitag hatte die Waffenruhe mehr oder weniger gehalten. Bedingung war laut syrischen Staatsmedien, dass die Rebellen eine Vereinbarung Russlands und der Türkei von 2018 respektierten, nach der in Idlib eine entmilitarisierte Pufferzone eingerichtet wird. In der Region sind laut UN nur in den vergangenen drei Monaten mehr als 400 Zivilisten getötet worden, mehr als 440 000 Menschen sind auf der Flucht. **REUTERS**



„Es fühlt sich schon wieder so an wie 1989“, sagt der AfD-Rechtsaußen Björn Höcke. Damals ging er noch in Neuwied am Rhein aufs Gymnasium. FOTO: H. HANSCHKE/REUTERS

## Der Faktor Ost-Wut

In den Wahlkämpfen in Sachsen und Brandenburg inszeniert sich die AfD als Erbin der Wende – obwohl ihre Protagonisten damals gar nicht dabei waren. Doch es gelingt der Partei damit, die Stimmung zu treffen

VON ANTONIE RIETZSCHEL  
UND JENS SCHNEIDER

**Dresden/Potsdam** – Sie waren die Stimme des Protests und sie verstanden sich darauf, das zu nutzen. Wo immer die PDS in den Neunzigerjahren im Osten in den Wahlkampf zog, gewann sie mit Botschaften, die sich gegen den Lauf der Dinge stellten. „Der Osten wählt rot“, lautete ihr Slogan, bis zu einem Viertel der Wähler folgte der Botschaft. Die gereckten Fäuste, aber vor allem die ausgestreckten Mittelfinger auf den Wahlplakaten, entsprachen ihrer Stimmung. Die PDS, hervorgegangen aus der DDR-Staatspartei SED, profitierte von ihrem Image des im Westen verhassten Underdogs. Heute sitzt der Spitzenkandidat des größten Landesverbands der Partei, die mal die PDS war, in Dresden und stellt fest, dass es damit vorbei ist.

Der sächsische Oppositionsführer Rico Gebhardt, 56, sagt: „Wir haben die ostdeutsche Mentalität und die damit verbundenen Themen aus den Augen verloren.“ Für diesen Verlust könnten die Linken bei den Landtagswahlen am 1. September in Brandenburg und Sachsen einen hohen Preis zahlen. Fragt man Gebhardt, so begann es im Jahr 2007. Damals fusionierte die PDS mit Oskar Lafontaines WASG zur Linkspartei. „Wir wollten eine westdeutsche Partei sein“, sagt er. Auf Bundesparteitagen ging es nicht mehr um den Strukturwandel in

den neuen Bundesländern, um Ungerechtigkeiten bei Gehältern und Renten. Stattdessen wurde über den Irakkrieg diskutiert, das Verhältnis der Linken zu Europa und der Nato. Die Partei schien die Probleme im Osten, wo sie sich etabliert hatte und in einigen Ländern registrierte, zu ignorieren. „Das war ein Fehler“, sagt Gebhardt.

Von diesem Fehler will 30 Jahre nach der friedlichen Revolution nun die AfD profitieren. In beiden Ländern könnten die rechten Populisten stärkste Partei werden. Ihre Kampagne setzt auf den Faktor Ost-Wut – die Devise: Hauptsache gegen das Establishment, zu dem sie auch die Linke zählen. „Der Osten steht auf“, lautet in Brandenburg wie in Sachsen der AfD-Slogan, auch in Thüringen setzt ihr Spitzenkandidat Björn Höcke darauf. Diese von den Landesverbänden auf den Osten zugeschnittenen Kampagnen offenbart aber auch, dass die AfD eine geteilte Partei ist, geeint vornehmlich von Fremdenfeindlichkeit: Im Osten setzt sie auf sozialpolitische Forderungen nach Angleichung und staatlicher Versorgung, die sie im Westen nicht teilt.

Dabei gibt sie vor, an die friedliche Revolution von 1989 anknüpfen zu wollen. „Vollende die Wende“ lautet einer ihrer Slogans. „Werde Bürgerrechtler“, ein anderer. Bizarr daran ist, wie wenig die Partei mit diesem Erbe zu tun hat, schon rein biografisch. Ihre dominanten Politiker kommen aus dem Westen, und die Ostdeutschen un-

wieder so an wie 1989“, sagte Höcke beim Wahlkampfauftritt in Cottbus, dafür „haben wir nicht die friedliche Revolution gemacht“. Er erntete Applaus. Beim Wahlkampfauftritt der AfD in Sachsen schwärmte Karsten Hilde von den mutigen Sachsen, die 1989 auf die Straße gingen. „Gegen den roten Sozialismus“, wie er sagte. Hilde kommt aus Hoyerswerda, er sitzt für die AfD im Bundestag. Zu DDR-Zeiten war er Volkspolizist. Man möchte gern wissen, wo er 1989 war. Eine Anfrage bleibt unbeantwortet.

„Wir wollten '89 Demokratie, offene Grenzen, Freiheiten – die AfD will genau das Gegenteil“, sagt Petra Köpping dazu. Mit der Stimmung der Wendezeit habe es nichts zu tun, wie diese Partei die ostdeutsche Sozialisierung der Menschen mit Nationalismus verbinde. Köpping ist aus doppelter Erfahrung eine kundige Gesprächspartnerin mit Blick auf die Stimmung im Osten. Sie hat die Brüche miterlebt und von Berufs wegen viel über seelische Verwundungen und Sorgen derer erfahren, die seit 1990 das Gefühl hatten, auf der Seite der Verlierer gelandet zu sein.

Die 61-Jährige sitzt für die SPD im sächsischen Landtag und ist Ministerin für Integration und Gleichstellung. „Wer '89 auf die Straße ging, dachte, er stehe auf der Seite der Gewinner“, sagt sie. Am Ende sei es bei vielen anders gekommen. Köpping war in den Neunzigerjahren Bürgermeister-

Deutschland ist politisch gespalten, wie eine aktuelle Ennid-Umfrage im Auftrag der *Bild* am Sonntag zeigt. Bei einer Bundestagswahl bekäme die AfD im Osten die meisten Stimmen. Dort liegt sie mit 23 Prozent knapp vor der CDU, die 22 Prozent erhalten würde. In Westdeutschland könnte die Union dagegen 27 Prozent erreichen. Die Grünen kämen auf 25 Prozent, die SPD bekäme 13 Prozent und die AfD würde mit 12 Prozent nur auf Platz vier landen. Bereits zur Europawahl Ende Mai erreichte die AfD in Ostdeutschland hohe Zustimmungswerte. In Sachsen und Brandenburg wurde sie stärkste Kraft. **SZ**

## Geteiltes Land

wirtschaftlichen Schäden seien minimal im Vergleich zu dem, was angesichts einer Klimakatastrophe drohe.

Rainer Wendt, der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, hält nichts von dieser Argumentation: Durch Straßenblockaden würden unbeteiligte Bürger beeinträchtigt, kritisiert er. „Gegen Gesetze zu verstoßen, ist auch eine Form der Gewalt.“ Die XR-Aktivisten sehen das anders: „Wir übertreten bewusst Gesetze und sind bereit, die Konsequenzen zu tragen“, sagt eine Sprecherin. Ziviler Ungehorsam sei das einzige verbleibende Mittel, um die Öffentlichkeit von der Dringlichkeit der Lage zu überzeugen. Meißner sagt: „Unser Anliegen geht alle etwas an, auch die Person, die wegen einer Blockade im Stau steht, und den Polizisten, der uns wegrät.“

Die bisherigen Proteste sollen nur ein Anfang gewesen sein. Im Oktober will XR weltweit protestieren, in Berlin plant die Gruppe ein großes Camp für die Aktivisten. Dass es dabei zu Ausschreitungen kommt, glaubt Simon Teune nicht: „In der Klimabewegung gibt es keine relevanten Akteure, die Gewalt legitimieren. Das ist überhaupt kein Thema“, sagt der Protestforscher von der Technischen Universität Berlin. Ein größerer Zuspruch für zivilen Ungehorsam sei aber vorstellbar, wenn in der Politik weiterhin nichts passiere.

XR positioniert sich, von drastischen Umweltschutzforderungen abgesehen, nicht politisch. „Klimaschutz ist keine linke Position, Extinction Rebellion keine linke Bewegung“, sagt ein junger Mann während des Aktionstrainings. Dafür gibt es viel Zustimmung – obwohl viele XR-Aktivisten politisch links sind. In einer Pause sitzen drei Aktivisten zusammen an einem Tisch im Hinterhof. Sie sprechen darüber, wie es noch möglich ist, die Erde zu retten. „Es ist doch im Grunde egal, wie wir die Klimakatastrophe verhindern“, sagt ein älterer Mann, „wenn es der Kapitalismus schafft – von mir aus.“ **MAX GILBERT**

## Ungehorsam für das Klima

Ihr Ziel: Emissionen sofort auf null. Um das durchzusetzen, übertritt die Bewegung „Extinction Rebellion“ bewusst Gesetze

**München** – Eng aneinander gedrängt sitzen knapp 20 Aktivisten in einem Kreis. Die Polizisten gehen auf die Gruppe zu, heben jeweils zu zweit einen Aktivisten hoch und tragen ihn von der Gruppe weg. Es wird gefeicht und gelacht, die Stimmung ist locker – weder die Polizisten sind echt noch die Sitzblockade. Knapp 60 Leute haben sich an einem Julisonntag in einem Hinterhaus im Berliner Stadtteil Wedding getroffen, die meisten zwischen Mitte 20 und Mitte 40. Die Klimabewegung Extinction Rebellion (auf Deutsch: Rebellion gegen das Aussterben), kurz XR, veranstaltet ein Aktionstraining, eine Art Crashkurs für zivilen Ungehorsam. „Das ist eine reine Informationsveranstaltung, kein Aufruf zu Straftaten“, sagt Ruth Meißner, eine der Trainingsleiterinnen, zu Beginn. Denn die Aktionen von Extinction Rebellion stören die öffentliche Ordnung.

Ihr ziviler Ungehorsam, das angekündigte symbolische Überschreiten von Gesetzen, soll auf eine drohende Klimakatastrophe aufmerksam machen. „Wir steuern in einen tödlichen Klimakollaps, den keine Familie nicht überleben wird“, heißt es auf der Internetseite. Darüber prangt das Logo, eine schwarze Sanduhr auf grünem Hintergrund. Ähnlich drastisch wie die Sprache sind die Forderungen: Alle Gesetze kippen, die dem Klimaschutz entgegenstehen, die vom Menschen verursachten Emissionen auf null reduzieren – bis 2025.

Gegründet wurde Extinction Rebellion im Herbst 2018 von den Briten Gail Bradbrook, 47, und Roger Hallam, 53. Die Biophysikerin und der Umweltaktivist haben soziale Bewegungen wie Gandhis Salzmarisch analysiert, XR strategisch geplant und davon gesprochen, 3,5 Prozent der Bevölkerung zu mobilisieren. Das reiche, um grundlegende Veränderungen in einer Gesellschaft anzustoßen. In Deutschland müssten sie demnach fast drei Millionen Menschen aktivieren. Derzeit haben sie hierzulande ein paar Tausend Mitglieder –



Anhänger von „Extinction Rebellion“ legen sich in Freiburgs Innenstadt aufs Pflaster, um auf das Aussterben von Tierarten aufmerksam zu machen. FOTO: J. GROSSE/IMAGO

Tendenz steigend. Berlin ist eine der größten von über 50 Ortsgruppen.

Ihre Proteste leben nicht von der Masse, sondern von der Inszenierung. Vor Kurzem kettenen sich Berliner Aktivisten an den Zaun des Bundeskanzleramts. Im Frühjahr besetzten sie über Stunden die Oberbaumbrücke. In London blockierten XR-Anhänger über Tage mehrere Verkehrsknotenpunkte, die Polizei nahm viele von ihnen fest. Wie sich Aktivisten in Konfrontation mit den Behörden verhalten, wird bei Aktionstrainings thematisiert.

Dass ihre Proteste friedlich bleiben, nennen XR-Aktivisten ihr oberstes Gebot. Dafür proben die Aktivisten, sich bei Blockaden so hinzusetzen, dass Auseinandersetzungen vermieden werden. „Gewalt wird unwahrscheinlicher, wenn man kooperativ ist und es den Polizisten nicht schwer macht“, erklärt Meißner nach dem

Sitzblockade-Rollenspiel. Nicht einhaken, keine Beleidigungen, Verständnis für die Polizisten aufbringen: „So bleibt's friedlich. Bilder von Gewalt wollen wir nicht“, sagt sie.

Trotzdem stoßen die XR-Proteste auf oft scharfe Kritik. Die Blockaden in London sollen die örtliche Wirtschaft laut britischen Medien mehr als 13 Millionen Euro gekostet haben. Über 50 Busrouten wurden umgeleitet, Hunderten Polizisten die freien Ostertage gestrichen. Nach der Brücken-Blockade in Berlin kritisierte Marcel Luthé, innenpolitischer Sprecher der Berliner FDP, die Blockade habe „erhebliche volkswirtschaftliche Schäden angerichtet und Menschenleben gefährdet“. Eine Sprecherin von XR bestreitet das: Die Blockaden würden so angelegt, dass Rettungsfahrzeuge durchkämen. Darauf lege man „größten Wert“. Und die

rin von Großpözna, einer Kleinstadt im Südosten Leipzigs. Sie war dabei, als am Störmtaler See der Tagebau geschlossen wurde. Bei der „feierlichen Sprengung“ der Förderbrücke, so erinnert sich Köpping, hatten die Bergleute Tränen in den Augen. Seit Jahren sammelt sie solche Geschichten, besucht Menschen, die erleben mussten, wie die Treuhand ihre Betriebe abwickelte oder an Westdeutsche verschleuerte. Sie hat eine Streitschrift für den Osten geschrieben: „Integriert doch erst mal uns“. Köpping setzte sich erfolgreich für eine Arbeitsgruppe im Bundessozialministerium ein, die sich mit Rentenansprüchen früherer Reichsbahner und Bergbauarbeiter auseinandersetzt.

Es ist nicht so, dass sich die anderen Parteien nicht um den Osten scheren. Seit der Bundestagswahl 2017 hat die Bundes-SPD einen Ostbeauftragten: Martin Dulig, Landespartei in Sachsen. Er lud im Frühjahr zum Ostkonvent nach Erfurt, stellte ein Zukunftsprogramm für den Osten vor. Die damalige SPD-Chefin Andrea Nahles warnte davor, Ostdeutsche wegen ihrer Enttäuschung Jammer-Ossis zu schimpfen. Es sollte ein Signal sein.

## Eigene Kongresse, Programme und Parolen – alle Mühe scheint SPD und Linken nichts zu bringen

Gebracht hat es nichts. In Brandenburg liegt die SPD Umfragen zufolge bei 19 Prozent, das wäre ein dramatischer Einbruch in ihrem ostdeutschen Stammland, wo sie seit 1990 durchgehend den Regierungschef stellt. 2014 erreichte sie noch 31 Prozent. Ministerpräsident Dietmar Woidke will sich mit dem Slogan „Ein Brandenburg“ gegen den Machtverlust stemmen und den Wählern erklären, dass es keine abgehängten Regionen geben solle. Er verspricht mehr Ärzte auch für entlegene Regionen, das Land will dafür selbst Mediziner ausbilden. Niemand werde zurückgelassen, lautet die Botschaft. Woidke empört sich über die „Renten-Mauer“, die fallen müsse. Es müsse endlich eine Angleichung der Ost-Renten geben. Seine Partei regiert freilich seit Jahren im Land und im Bund.

In Sachsen liegt sie nur bei neun Prozent, auch dort regiert sie mit. „Das Vertrauen, das die Menschen in den letzten 30 Jahren in die Parteien verloren haben, lässt sich nicht so schnell wieder herstellen“, sagt Köpping mit Blick auf all die Ost-Kongresse und Programme: „Die Leute wollen nicht nur reden, sondern Ergebnisse.“ Die Einführung der Grundrente hätte so ein Ergebnis sein können. Groß war die Hoffnung bei Sozialdemokraten in Brandenburg und Sachsen, dass sich die Bundesregierung des Themas noch vor den Landtagswahlen annehmen werde. Dulig schickte einen Brandbrief an Bundeskanzlerin Angela Merkel und forderte sie auf, die Blockadehaltung der Union aufzulösen. „Ich erwarte bis September einen Durchbruch“, schrieb er. Merkel ist derzeit im Urlaub.

Wie die SPD hat auch die Linke an Zustimmung verloren. In Sachsen liegt sie laut Umfragen bei 15 Prozent, in Brandenburg bei 16 Prozent. Allein in Thüringen, wo sie den Ministerpräsidenten Bodo Ramelow stellt, liegt sie vorn. Im Wahlkampf besinnt sie sich nun auf ihre ostdeutschen Wurzeln. Einfach „Osten“ steht in Potsdam auf Plakaten, oder: „Wut“, aber mit dem kleinen Zusatz: „...allein bringt das Land nicht weiter“. Auch in Sachsen wirbt die Partei mit Ein-Wort-Plakaten: „Tradition“, „Weltfrieden“ – und „Sozialismus“. Letzteres provoziert vor allem die sächsische CDU. Und Deutschlehrer. Die stört sich an der falschen Trennung einzelner Worte: „Sozi-ali-smus“. Das war es aber auch mit der Aufregung.

## Mit der Botschaft im Gespräch

China will Parlamentarier nicht ins Land lassen, Außenamt übt Kritik

**Berlin** – Die Bundesregierung bedauert nach Aussagen einer Sprecherin des Auswärtigen Amtes die Entscheidung der chinesischen Regierung, der Bundestagsabgeordneten der Grünen, Margarete Bause, die Einreise zu verweigern. Allerdings fügte die Sprecherin am Montag hinzu, dass man bisher nur „informell“ von der Haltung der chinesischen Regierung gehört habe. Man stehe aber mit der chinesischen Botschaft in Deutschland im Gespräch, „und wir werden das auch in den nächsten Tagen weiter tun“. Gerade bei Themen, „wo es hakt, wo es schwierig wird“, würden Reisen von Vertretern des Parlaments „ganz besonders wichtig“.

Zuvor war bekannt geworden, dass zwei Reisen von Bundestagsausschüssen nach China gefährdet sind. Der Ausschuss Digitale Agenda sollte Ende August für rund eine Woche nach Peking und Shanghai reisen. Bause sollte als „temporäres“ Mitglied des Ausschusses für ihren Fraktionskollegen und Ausschuss-Obmann Dieter Janecek an der Reise teilnehmen. Dass ihr die Einreise verweigert wird, steht offenbar im Zusammenhang mit Bauses Engagement für die Uiguren, einer muslimischen Minderheit im Nordwesten Chinas.

Laut dem Sprecher für Menschenrechte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Brand, weigert sich China zudem, den Menschenrechtsausschuss wie geplant im September einreisen zu lassen. Die Delegationsreise dieses Ausschusses war seit Monaten geplant und sollte Brands Angaben zufolge nach Peking, Lhasa, in der autonomen Region Tibet und Urumqi in der westlichen Provinz Xinjiang führen, wo die Uiguren hauptsächlich leben. Der Bundestag bestätigte am Montag einen Bericht der SZ, wonach die Protokollabteilung mittlerweile bei der chinesischen Botschaft interveniert hat. **NICO FRIED**